

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 48 38. Jg.

27. Novbr. 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsenstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verlagsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagort Scheuditz]

Satzungsbestimmungen über Auskunft und Anfragepflicht

Der Kölner Verbandstag hat die Satzungen des Verbandes einer kritischen Durchsicht unterzogen und notwendige Korrekturen vorgenommen. Das war auch notwendig, denn die Inflationszeit hatte manches in das Verbandsgesetzbuch einzufügen erzwungen, was inzwischen als überholt bezeichnet werden mußte. Die berufene Statutberatungskommission mußte deshalb sämtliche Satzungsbestimmungen eingehend prüfen und deshalb auch schwere Arbeit leisten. Und das gute Arbeit geleistet worden war, bestätigte der Verbandstag durch fast einstimmige Annahme der von der Kommission gemachten Vorschläge, einschließlich des Antrages, die neu beschlossenen Satzungen ab 27. September 1925 in Geltung zu setzen.

Da die in Köln beschlossenen Änderungen der Verbandsatzungen ziemlich erheblich waren, wurde nicht nur ein Neudruck der Satzungen beschlossen, sondern der Vorstand entschied auch, daß jedem Kollegen auf Kosten des Verbandes ein Exemplar der neuen Satzungen auszuhändigen ist. Da inzwischen die Drucklegung des Verbandsgesetzbuches erfolgt haben die Mitgliedschaftsleitungen Anweisung erhalten, so viel Exemplare der Satzungen anzufordern, als zur Bedienung der Kollegen erforderlich sind. *Die neuen Verbandsatzungen werden deshalb in nächster Zeit zur Verteilung gelangen.* Das veranlaßt, die Kollegen mit allem Nachdruck darauf zu verweisen, im Eigeninteresse eingehend zu prüfen, welche Rechte jeder Kollege hat und welche Pflichten ihm als Verbandsmitglied auferlegt sind.

Zu den Satzungsbestimmungen, die eine Änderung erfahren haben, gehören auch die Bestimmungen über *Einholung von Auskunft bei Stellungswechsel.* Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwingt, auf diese Bestimmungen besonders hinzuweisen, um die Kollegenschaft vor Schaden zu bewahren. Der § 44 der neuen Satzungen will durch folgende Bestimmung eine Schädigung der Kollegen verhindern:

„Jedes Mitglied ist verpflichtet, vor Abschluß einer Arbeitsverpflichtung beim zuständigen Auskunftserteiler mittels der vorgedruckten Anfragekarte Auskunft einzuholen, die vom örtlichen Auskunftserteiler einzufordern ist. Beim Stellungswechsel am Ort kann die Anfrage mündlich erfolgen. Die Auskunftserteiler sind verpflichtet, die gewünschte Auskunft

schnellstens und gewissenhaft zu erteilen. Die erteilte Auskunft ist eine persönliche Mitteilung, die weder im Original noch in Abschrift an Dritte weitergegeben werden darf. Bei Nichtbefolgung dieser Satzungsbestimmung kann gemäß § 9 Absatz 2 c A.-B. Ausschluß erfolgen.

Die Auskunftskarte ist nach Annahme einer Stellung dem Mitgliedschaftsvorstand der Mitgliedschaft auszuhändigen, in deren Bereiche das Mitglied in Arbeit tritt. Sollte keine neue Arbeitsverpflichtung zustande kommen, sind alle schriftlich erteilten Auskünfte dem Vorstände der Mitgliedschaft zu übergeben, in der sich das Mitglied befindet.“

Nichtbefolgung dieser Satzungsbestimmung kann also Ausschluß aus dem Verbandsverband zur Folge haben! Wir empfehlen diese Bestimmungen deshalb den Kollegen zur ganz besonderen Beachtung. Denn nach § 9 Absatz 2 c A.-B. kann der Ausschluß aus dem Verbandsverband erfolgen:

„bei Nichtbefolgung der Anfragepflicht und mißbräuchlicher Verwendung der erteilten Auskunft.“

Aber selbst wenn bei Zuwiderhandlung dieser Satzungsbestimmungen von einem Antrag auf Ausschluß des Sünders abgesehen wird, steht noch die Möglichkeit offen, neben dringlicher Mahnung ihn an seine Pflicht empfindlich zu erinnern. Denn § 35 Absatz 2 a A.-B. bestimmt:

„Verlust der Reise- und Umzugs-Unterstützung tritt ein, wenn ein Mitglied Stellung annimmt, ohne sich vor Abschluß einer Arbeitsverpflichtung bei dem zuständigen Mitgliedschaftsvorstand nach den Arbeitsbedingungen zu erkundigen oder bei Annahme der Stellung diesen Bedingungen nicht Rechnung trägt. Zur Kontrolle ist dem Unterstützungsausgeber die Auskunftskarte auszuhändigen und die Einstellungsbriefe vorzulegen. Für Formstecher gilt als Ausweis die Vermittlungskarte des Zentralarbeitsnachweises und die Auskunftskarte.“

Aus diesen Satzungsbestimmungen geht unzweideutig hervor, daß es Pflicht jedes Kollegen ist, vor Abschluß jeder Arbeitsverpflichtung Erkundigung einzuholen. Wir möchten daran besonders erinnern. Für jeden Kollegen ist Verbandspflicht:

Vor Abschluß jedes neuen Arbeitsverhältnisses ist Erkundigung einzuholen!

Lohn und Qualität.

Die Folgen der Preisübersetzung.

Seit ungefähr zwei Jahren betreibt die bürgerliche Regierung in Deutschland eine Politik der Preisübersetzung. Sie bedeutet für Produktion und Handel eine starke materielle Begünstigung, während sie für die Verbraucher eine ganz bedeutende Schmälerung des Realeinkommens darstellt. Sie war auch für Produktion und Handel als Kapitalsneubildung gedacht. Für die breiten Massen aber, die während des Krieges und der Inflation gehungert hatten, war diese Zeit der Preisübersetzung nichts anderes als eine neue Hungerperiode.

Diese Politik konnte nicht ohne Folgen bleiben, und heute können wir mit Schrecken auf allen Gebieten, besonders aber auf dem Gebiet der Volksgesundheit, die schädlichen Auswirkungen feststellen: Die geringere Entlohnung und die Arbeitslosigkeit, der Mangel an ausreichender Ernährung, an Kleidung und Brennstoffen und die Verschärfung des Wohnungsnotstands verursachten erhöhte Sterblichkeit, erhöhte Krankheitsziffern, Sinken der Geburtenzahl, verzögerte Entwicklung der Kinder, Heranwachsen unfähiger Individuen, also körperlichen, intellektuellen und sittlichen Niedergang der Bevölkerung. Im großen und ganzen ist sich das Deutschland von heute über die ungeheuren Schäden dieser Preisübersetzungspolitik noch nicht im klaren, da sich die Folgen erst langsam bemerkbar machen. Wie die Dinge aber in Wirklichkeit liegen und mit welchen Folgen wir

in Zukunft zu rechnen haben, geht sehr deutlich aus einem Vortrag des Kreis-Medizinalrats Dr. Hübner (Waldenburg), hervor. Das Waldenburger Ländchen ist sehr hart von den letzten Wirtschaftskrisen getroffen worden, so daß Dr. Hübner Gelegenheit hatte, ihre Folgen eingehend kennen zu lernen und darzulegen. Dr. Hübner stellte unter anderem fest, daß die Sterblichkeit im Waldenburger Land im ersten Halbjahr 1925, auf 1000 Lebende berechnet, 15,4 betrug. Sie war damit größer als in 46 deutschen Großstädten, wo sie im Jahre 1924 nur 11,7 ausmachte. Dazu kommt eine gestiegene Säuglingssterblichkeit und ein starker Rückgang in der Geburtenziffer. Im Jahre 1921, so stellt Dr. Hübner fest, wurden in Waldenburg 5500 Kinder geboren. Im Jahre 1925 werden es nach den Hübnerschen Berechnungen mindestens 1600 weniger sein. Gerade der Zusammenhang zwischen Geburtenziffer und Säuglingssterblichkeit verdient besondere Beobachtung. Gewöhnlich pflegt bei abnehmender Geburtenziffer die Säuglingssterblichkeit herabzugehen. Das Waldenburger Beispiel zeigt aber, daß die Säuglingssterblichkeit sich bei abnehmender Geburtenzahl vermehrt. In dieses Bild hinein paßt die steigende Zahl der Fehlgeburten, die an allen Orten Deutschlands rapide zunimmt.

Das von Dr. Hübner entworfene düstere Bild kann aber dem nicht Wunder nehmen, der die tatsächlichen Lebensverhältnisse der breiten Massen kennt. Bei dem Niedergang der gesamten Lebenshaltung unserer Bevölkerung gewinnt der Einfluß der schlechten Wohnungsverhältnisse ver-

schärfte Bedeutung. In seinem erwähnten Vortrag führte Dr. Hübner unter anderem aus; daß in einer größeren Anzahl von Gemeinden des Waldenburger Landes mit rund 100 000 Einwohnern 40 Proz. der vorhandenen Wohnungen aus einem Raum bestehen. 37 Proz. der Wohnungen bestehen aus Stube und Küche. Diese Wohnungen, in Mietskasernen gelegen, sind bis zum Dach mit Menschen vollgepfropft. Die Höfe sind meist eng, müssen noch stinkenden Kleintierställen Platz bieten und geben in ihrer Verschmutzung den dort spielenden Kindern einen traurigen Aufenthalt. Das Leben nicht einer, sondern häufig mehrerer Familien spielt sich oft genug in einem einzigen Raume ab. In einem Zimmer wird gekocht und gegessen, gewohnt und geschlafen. Hier liegt der Kranke, schreit der Säugling, hier wird geschustert und geschneidert. Dazu kommt, besonders im Winter, die Notwendigkeit der Wärmeersparnis, so daß die Lüftung der Räume viel zu wünschen übrig läßt. Vielfach ist es auch der Fall, daß der Raum auch am Tage dem Familienmitglied, das in Nachtschlaf beschäftigt ist, als Schlafzimmer dienen muß. Will die Frau gebären, so bleibt nur übrig, daß alle anderen das Zimmer räumen oder die Szene spielt sich vor sämtlichen Familienmitgliedern ab.

Angesichts dieser Zustände ist es nur natürlich, daß das jugendliche Alter am meisten beeinflusst wird. Die kommende Generation muß unter dem Einfluß dieser Schäden durchaus zurückbleiben. Es ist eine Tatsache, daß die weitaus überwiegende Zahl der Schulkinder von heute

an Größe und Gewicht weit unter dem Vorkriegsdurchschnitt und unter dem Durchschnitt anderer Länder steht. Die geistigen Folgen kann die Lehrerschaft am besten konstatieren. Fast die meisten Lehrer bezeugen heute, daß die Kinder schon nach zwei Stunden Unterricht völlig ausgepumpt sind. Diese Jugend muß in späteren Jahren unbedingt an Leistungsfähigkeit einbüßen. Was hilft es heute, wenn der mitleidige Schularzt die Krankheit des Kindes feststellt? Was helfen solche Feststellungen? Um den Kindern zu helfen, ist gutes Essen, sind warme Schuhe und warme Kleidung notwendig — und das können die Eltern bei den gegenwärtigen Preisen und Löhnen eben nicht aufbringen.

Die moderne Industriegewirtschaft erfordert gesunde und geistig regsame Menschen. Es ist eine alte Tatsache, daß die Arbeitsleistung in einem bestimmten Verhältnis zu dem Ernährungszustand und der geistigen Verfassung des Arbeiters steht. Das ist eine Tatsache, die von sozialistischen und bürgerlichen Ökonomen in gleicher Einmütigkeit nachgewiesen worden ist. Weiter ist bekannt, daß gerade die Qualitätsarbeit, die für den deutschen Export und für die deutsche Wirtschaft von ungeheurer Wichtigkeit ist, direkt von der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit des Arbeiters abhängig ist. Heute ist das Lösungswort in der Wirtschaft: bildet und erzieht Facharbeiter, um den Weltmarkt zu erobern. In allen Industrieländern wird größte Sorgfalt auf die Erziehung des Nachwuchses verwendet. Man ist sich der Wahrheit bewußt, daß nur der Qualitätsarbeiter neue Positionen der heimischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt erringen kann. Wir verweisen nur auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo man in letzter Zeit mit aller Kraft die sogenannte spezialisierte Fachausbildung betreibt. Das National Industrial Conference Board hat peinlich genaue Untersuchungen in allen Industriegruppen angestellt, um die richtigen Wege zur Ausbildung eines solchen Nachwuchses zu finden, der den ungeheuren körperlichen und geistigen Anforderungen moderner Maschinenarbeit gewachsen ist. Die Untersuchungen haben ergeben, daß der körperliche und seelische Allgemeinzustand der Bevölkerung wichtigste Vorbedingung für eine solche Erziehungsarbeit ist. Das entspricht den gemachten Erfahrungen auch in Deutschland. Wir wissen, daß die Volksschule in Deutschland, soviel an ihr auch auszusetzen ist, in einer Zeit, in der infolge der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften Reinkommen und Lebensverhältnisse der breiten Massen wesentlich gebessert werden konnten, einer der Hauptfaktoren der industriellen Entwicklung Deutschlands ist.

Auch in Deutschland sind ähnliche Versuche wie in Amerika unternommen worden. Zu diesen Versuchen führte vor allen Dingen das Bedürfnis nach erhöhter Wirtschaftlichkeit, d. h. nach verbilligter und verbesserter Produktion. So hat man in der Metall- und auch in der Textilindustrie mit dem Nachwuchs zahlreiche Experimente angestellt. Leider liegt bis jetzt kein eingehender Bericht über diese Maßnahmen vor. Wir sind aber überzeugt, daß die neuen Methoden in der Ausbildung des Nachwuchses und in der weiteren Schulung der bereits Berufstätigen in Deutschland auf harte Hindernisse stoßen werden, eben weil die Vorbedingung, der gesunde und geistig hochstehende Mensch, heute in Deutschland nicht mehr in der Anzahl vorhanden ist, wie das vor dem Kriege der Fall war. Die Folgen werden sich unbedingt einstellen. Wir werden sie in ganz kurzer Zeit, besonders in unserer Qualitätsindustrie und in dem Rückgang unserer Warenausfuhr, feststellen können. Das sozialpolitische Problem wird so zu einem wirtschaftlichen Problem und die ganze Wirtschaftsentwicklung bei uns beweist, daß es höchste Zeit ist, mit der bisherigen Wirtschaftspolitik Schluß zu machen.

Monopolisierte Arbeitskraft und organisierte Kaufkraft.

Ein in der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlichter sehr lesenswerter Aufsatz von H. Schillme über „Preisabbau oder aktive Lohnpolitik“ stellt in bemerkenswerter Weise dem auf dem deutschen Kapital- und Warenmarkt herrschenden Monopol für die Preisbildung seitens der Industrie- und Handelskartelle das Monopol Arbeitskraft gegenüber. Es sei, verkörpert in den Gewerkschaften, „innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die einzige ökonomische Kraft, die die ungeheure Profit- und Zinsspanne nicht ganz beseitigen, so doch aber zugunsten des Arbeitslohnes zusammenpressen kann und muß.“

Diese mit Recht kraftstrotzende Feststellung des wirtschaftlichen Machtverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit im Verhältnis zur Warenpreisbildung wäre uneingeschränkt richtig, wenn die Arbeiter als Träger des Monopols Arbeitskraft nicht noch einen weiteren Faktor im Kampf gegen das kapitalistische Wirt-

schafts- und Preisbildungsmonopol besäßen; nämlich ihre Kaufkraft.

Diese Kaufkraft der Arbeitermassen ist das andere ökonomische Kraftmonopol, welches aber die ungeheure Profit- und Zinsspanne bei der Preisbildung ganz zu beseitigen in der Lage ist, wenn dafür ebenfalls die Voraussetzung geltend gemacht wird, daß „alle Arbeiter diesem ökonomischen Gesetz folgen.“

Nämlich dem Gesetz der genossenschaftlich organisierten und rücksichtslos ausgewerteten Kaufkraft. Dies ökonomische Gesetz wirkt noch radikaler als das rücksichtslos angewandte Monopol Arbeitskraft, weil es zur Quelle der Preisbildung selbst, zur Produktion, führt. Die gewerkschaftlich organisierten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben also nicht nur ein „einziges Monopol“ im Kampfe für Einkommen und Preisbildung zur Verfügung, sondern noch ein weiteres und — entscheidendes.

Zur Veranschaulichung dieser Auffassung kommen die Veröffentlichungen über die in England im ersten Vierteljahr 1925 erzielten Geschäftsergebnisse der Konsumgenossenschaften gerade recht. Man erfährt daraus, daß die Zahl der Genossenschaftsmitglieder in Großbritannien im Jahre 1924 um 155 847 zugenommen hat und nun 4 752 656 Familien beträgt. Des ferneren, daß der englische Genossenschaftsverband, dem die Konsumgenossenschaften restlos angeschlossen sind, im ersten Vierteljahr 1925 einen Umsatz von rund 930 Millionen Franken erzielte, was einer Zunahme um rund 88½ Millionen Franken entspricht.

Aus den eigenen Produktionsbetrieben wurden für rund 340 Millionen Franken Waren bezogen, trotzdem in England eine immer noch stärkere Arbeitslosigkeit herrscht als in Deutschland. Und die Bankabteilung des Verbandes verzeichnet für den gleichen Zeitraum einen Geldausgang von 7 Milliarden 271 Millionen Franken. Der Durchschnittsbezug der einzelnen Genossenschaftsfamilien stellt sich auf 1100 bis 1300 Franken im Jahr (in der Schweiz auf 774 Franken, in Deutschland auf 200 Mk. oder etwa 250 Schweizer Franken).

Bemerkte man noch, daß im ganzen Jahr 1924 der Umsatz der englischen Verteilungsstellen 4 Milliarden 377 Millionen Franken betrug und die von den Mitgliedern eingezahlten Geschäftsanteile (Betriebskapital) 2 Milliarden 352 Millionen Franken, so muß sich von selbst die Auffassung entwickeln, daß die genossenschaftlich organisierte Kaufkraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen eine ökonomische Macht ersten Ranges darstellt.

Und die in einer englischen Konsumgenossenschaftlichen Zeitschrift „Co-op. News“ mit Energie vertretene These geht nicht zu weit wenn sie meint:

„Die Genossenschaft gibt dem Arbeiter eine Waffe in die Hand, die, richtig angewandt, seine soziale Befreiung bedeuten würde.“

Wenn man in Deutschland noch nicht so weit ist wie in England, so trägt daran die Konsumgenossenschaftliche Bewegung keine Schuld, denn bei nahezu 5 Millionen Mitgliedern wäre sie in der Lage, das gleiche zu leisten wie in England, aber Warenumsatz und Betriebskapital stehen in einem lächerlich geringen Verhältnis zur eigenen Mitgliederzahl, wie zum Umsatz und Betriebskapital der englischen Genossenschaftsbewegung. Hatte doch beispielsweise die Riesengenossenschaft Woolwich bei London mit 114 485 Mitgliedern einen Umsatz von 46½ Millionen Franken im ersten Vierteljahr 1925 und ein Geschäftsanteil-Kapital von rund 35 Millionen Franken mit einem Durchschnitt von 303 Franken pro Familie, während in Deutschland der Durchschnitt des eigenen, bar eingezahlten Betriebskapitals noch keine 10 Mk. beträgt. Was unbedingt anders werden muß, wenn die Kaufkraft der Massen einen ökonomischen Machtfaktor für die Preisbildung und die wirtschaftliche Unabhängigkeit des schaffenden Volkes bedeuten soll.

Daß die genossenschaftlich organisierte und monopolistisch ausgewertete Kaufkraft (Umsatz) die größten Unternehmungen zu entwickeln in der Lage ist, zeigt die Genossenschaftsbäckerei in Glasgow, welche die größte Bäckerei der Welt ist. Sie wurde schon 1868 von acht Genossenschaften gegründet und heute sind 212 Konsumgenossenschaften daran beteiligt. Wöchentlich werden 560 000 Brotlaibe, 25 000 Bischen Biskuits, 50 000 Pakete Haferkuchen, 5000 Körbe mit Kuchen und Kleinbrot, im ganzen rund 800 Tonnen gleich 16 000 Zentner Backwerk produziert, verpackt und transportiert. Zum Versandapparat gehören 100 Handwerker verschiedener Art — Ingenieure, Schmiede, Schreiner, Maler, Kistenmacher, Blechschmiede usw. — und 100 Pferde, 80 Lastwagen, 84 Automobile stehen im täglichen Gebrauch. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß die Bäckereigenossenschaft in Glasgow nicht nur komplette Essen für die größten Gesellschaften liefert, sondern auch die Unterhaltung durch Orchester, Künstler jeder Art, kinematographische Vorführungen usw. besorgt. Wie auch der Betrieb große

eigene Festsäle besitzt, die an die großen Gesellschaften vermietet werden.

Alles in allem ein Einzelausschnitt aus der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftspraxis, welche zeigt, daß der Arbeiter, Angestellte und Beamte nicht nur das Monopol Arbeitskraft, sondern den noch wichtigeren ökonomischen Machtfaktor Kaufkraft besitzt — also von zwei Fronten her die privatkapitalistische Wirtschaft „aufrollen“ kann.

Wie trage ich zur Stärkung meiner Gewerkschaft bei?

Diese Frage sich vorlegen, setzt zunächst voraus, daß man sich über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen und einer größtmöglichen Machtentfaltung derselben völlig im klaren ist. Diese Erkenntnis sollte heute von jedem Arbeiter, vor allem aber jeden organisierten Arbeiter, verlangt werden dürfen. Die Tatsache aber, daß das leider noch nicht der Fall ist, war mit eine Ursache, diese Zeilen zu schreiben und ihr Zweck ist es, dem in der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft noch immer ziemlich stark verbreiteten Unflug der Selbsterfleischung entgegenzutreten.

Betrachten wir z. B., wie es unsere Pflicht als Gewerkschafter ist, das organisierte Unternehmertum, so wird uns zunächst auffallen, daß die Solidarität in diesem Lager kein leeres Wort, sondern eine Tatsache ist, die vom Standpunkt jedes Organisationsfreundes aus Anerkennung auslösen muß. Ein ausgeprägter Chorgeist zeigt sich bei unseren Gegnern, den Unternehmern, nicht nur in ihrem besonders betonten Klassenbewußtsein, was leider bei einem großen Teil der Arbeiterschaft noch zu wünschen übrig läßt, er zeigt sich vor allen Dingen auch in der Kollegialität, mit der sie ihre Organisationsfragen erledigen und in dem Taktgefühl, welches sie unter sich bei eventuellen Meinungsverschiedenheiten beachten. Von der Disziplin, mit der sich der Unternehmer, einmal gefaßten Beschlüssen und den selbstgegebenen Organisationsgesetzen, unterordnet, ganz zu schweigen. Das soll durchaus keine Lobeshymne auf die Unternehmerorganisation sein; so wie es auch keine Überschätzung unserer Gegner bedeutet, wenn man objektiv erkennt und feststellt, was zur Stärkung, ihrer Kraft uns gegenüber beiträgt. Ganz abgesehen davon, daß eine Unterschätzung des Gegners weit gefährlicher werden kann als eine Überschätzung desselben, müssen wir uns nur bemühen, aus dem Erkennen von Vorteilen im gegnerischen Lager die richtige Nutzenanwendung, für unsere eigene Organisation zu ziehen. Sind wir schon nicht in der Lage, die finanziellen Kräfte in der Bewegung aufzubringen, wie es den Unternehmern möglich ist; so sollten uns aber doch in gleichem Maße, nein in viel stärkerer Weise als den Gegnern, die ideellen Kraftquellen im Organisationsleben zur Verfügung stehen. Das ist aber heute leider nicht der Fall. Es kann und muß meines Erachtens ausgesprochen werden, daß wir heute von dem Klassenbewußtsein unserer Gegner, von ihrem Chorgeist und ihrer Organisationsdisziplin lernen können. Es war nicht immer so, vielmehr hat es eine Zeit gegeben, da wir mit unserer gewerkschaftlichen Disziplin und unserer Solidarität imponierend wirkten und wo unser Chorgeist fast sprichwörtlich und vom Unternehmer gefürchtet war. Das war die Zeit, da die deutsche freie Gewerkschaftsbewegung, unbeeinflusst von politischen Meinungsstreitigkeiten, ihren Aufstieg nahm, wo den Gewerkschaftsgenossen die Verunglimpfung des eigenen Führers und die beleidigenden, zum Teil sogar tätlichen Angriffe auf den Arbeitsbruder wegen seiner politisch abweichenden Meinung, fremde, verwerfliche Dinge waren. Wohl bestanden in der deutschen freien Arbeiterbewegung auch früher schon sogenannte Richtungen, die Meinungsverschiedenheiten wurden aber nur in den politischen Versammlungen ausgetragen und machten sich in den Gewerkschaften so gut wie nicht bemerkbar.

So kam es, daß man sich in den gewerkschaftlichen Versammlungen und Sitzungen wirklich intensiv mit den Problemen des wirtschaftlichen Kampfes zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen befassen konnte und in dieser gewerkschaftlichen Betätigung nicht gestört wurde, von stundenlangen politischen, zum Teil bis zum Exzeß ausartenden Auseinandersetzungen, wie es heute üblich ist. Es soll in diesen Zeilen gar nicht der Versuch unternommen werden, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der einen oder anderen politischen Meinung zu begründen; mir liegt nur daran, die Schädlichkeit der verwerflichen Umstände zu brandmarken, die sich in oben, erwähnter Weise seit einigen Jahren in unseren gewerkschaftlichen Organisationen zum Schaden derselben bemerkbar macht und schon so manchen braven Gewerkschaftsgenossen den Besuch der Versammlungen verwehrt hat. Erfreulicherweise hat sich, dank energischer Abwehr verantwortungsbewußter Führer hierin in letzter Zeit mancherorts eine

Besserung gezeigt, so daß man hoffen kann, es geht wieder aufwärts und einer Zeit entgegen, da man wieder von echtem Gewerkschaftsgeist und kollegialer Gesinnung innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sprechen kann. Das Bedürfnis, endlich wieder einmal ohne Skandal, ohne die selbstzerfleischenden politischen Debatten die notwendigen Gewerkschaftsbesprechungen abhalten zu können, ist in der organisierten Arbeiterschaft in sehr starkem Maße vorhanden.

Jeder gewerkschaftlich geschulte Arbeiter ist auch heute noch überzeugt von der Tatsache, daß alle unsere gewerkschaftlichen Bemühungen Sisyphusarbeiten sind und bleiben, wenn die Organisationsarbeit, zu der jeder nach seinen Kräften beitragen muß, nicht getragen ist von echtem Kollegialitätsgefühl und Chorgeist. Von dem Geist, der es nicht zuläßt, daß der Nebenarbeiter und Kollege verachtet und beschimpft wird, weil er anderer politischer Meinung ist. Es muß endlich aufhören, daß sich Gewerkschaftsgenossen in den Versammlungen zur Freude unserer Gegner aus politischer Intoleranz beschimpfen und damit den Begriff Kollegialität in den Augen der heranwachsenden jungen Kollegen als Zerrbild erscheinen zu lassen.

Nur mit einer Kollegenschaft, die sich gegenseitig achtet und durch Pflege eines gesunden Chorgeistes fähig gemacht und gewillt ist, sich gegenseitig, der gemeinsamen Sache willen, Opfer zu bringen, können die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe gegen das festgefugte Unternehmertum bestanden werden. Ferner wird auch nur der Arbeiter psychologisch fähig sein, sich im Interesse des Ganzen Opfer aufzuerlegen, der Vertrauen zu seinem gewerkschaftlichen Führer hat, von dem gegebenenfalls zu solchen Opfern aufgefordert wird. Es ist deshalb ein Verbrechen an der eigenen Organisation, wenn die selbstgewählten Führer in den Augen der Kollegen herabgesetzt und verunglimpft werden. Eine Gemeinheit ist es aber, wenn gelegentliche Aussprüche eines Führers, aus dem Zusammenhang gerissen, in sinnentstellender Weise dem geduldsigen Versammlungsbesucher vorgetragen werden, in der Absicht, damit den fraglichen Führer bei der Kollegenschaft lächerlich zu machen oder ihm als den bekannten Verräter zu brandmarken.

Wollen wir also wieder eine festgefugte, opferwillige Kollegenschaft, die den kommenden Kämpfen gewachsen ist, dann müssen wir endlich ganz energisch den Untug der politischen Auseinandersetzungen bzw. Anpöbelungen in den Gewerkschaftsversammlungen bekämpfen und müssen evtl. die Kollegen, die diese Notwendigkeit durchaus nicht einsehen wollen, entschieden auf den Teil der Verbandssatzungen aufmerksam machen, in welchem der Ausschluß aus dem Verband wegen Schädigung desselben angedroht wird. Jeder Kollege, der die Notwendigkeit und den Zweck der Organisation erkannt hat, übe sich also in der Pflege einer größtmöglichen Kollegialität als Vorbedingung jeder Gewerkschaftstätigkeit, in der Achtung seiner Mitarbeiter, auch wenn diese politisch anderer Meinung sind sowie im Vertrauen zu seinen selbstgewählten Führern und trage auf diese Weise zur Stärkung seiner Gewerkschaft bei. A.

Die Ausbreitung der Privat-lithographie.

In einem früheren Artikel habe ich davon gesprochen, daß eine über das tatsächliche Bedürfnis hinaus verbreitete Privatlithographie für das Gewerbe schädlich ist und habe auch darauf verwiesen, daß nach meiner Ansicht von einer Flucht in die Privatlithographie gesprochen werden kann und dabei angedeutet, daß dadurch die Verhältnisse nicht gebessert werden können.

Welche Ausbreitung die Privatlithographie angenommen hat, wissen die wenigsten Kollegen. Der Krieg und seine Folgen hatte die Zahl der Privatlithographen wesentlich gemindert, weil der größte Teil außerhalb des Gewerbes sein Brot zu verdienen gezwungen war. Auch boten sich in anderen Gewerben und bei Behörden bessere Verdienstmöglichkeiten. Der Abbau bei den Behörden und der Beschäftigungsrückgang in anderen Gewerben hat viele ehemalige Lithographen wieder freigemacht, die nun in ihrem alten Berufe wieder Unterkommen suchen. Aus diesem Grunde ist in den letzten Jahren auch die Zahl der Privatlithographen wieder beträchtlich gestiegen. Hinzu kommen noch jene Kollegen, die des irdigen Glaubens sind, entsprechend ihren beruflichen Leistungen als Privatlithographen einen höheren Lohn zu verdienen, als in den Betrieben. Solange das Gewerbe in der Lage war, allen verfügbaren Kräften reichlich Beschäftigung zu geben, hat man dem Zugang an Privatlithographen keine besondere Beachtung geschenkt. Nachdem aber der Beschäftigungsgrad nachgelassen hat, kommen die Schattenseiten wieder zum Vorschein. Die verschärfte Konkurrenz, die sich nunmehr die Privatlithographen gegenseitig in der Preisfrage machen, wirkt sich auf die Anstaltslithographen immer fühlbarer

aus. Hinzu kommt noch, daß der technische Fortschritt, die Anwendung der photographischen Reproduktionsverfahren, lithographische Arbeitskräfte freisetzt. Das hat dazu geführt, daß die Lithographen, einschließlich der Kartolithographen und Zeichner, heute einen wesentlich niedrigeren Durchschnittslohn haben als die Stein-drucker; während wir 1913 1,30 Mk. höher standen und das alles trotz der höheren Löhne, die jene Kollegen erhalten, die in den anderen Verfahren arbeiten. Hierzu hat der Preisdruck der Privatlithographie besonders beigetragen und das sollten alle Kollegen beachten, die noch heute die Lust verspüren, als Privatlithographen ihr Glück zu versuchen.

Gegenwärtig haben wir rund 230 Privatlithographen, die im Besitze der Ausweiskarte sind und deshalb als tariffrei gelten und schätzungsweise dürfen noch 50-60 tarifuntreue vorhanden sein. Mit rund 300 Privatlithographen dürfte der wirkliche Bedarf nach dieser Berufsspezies bereits überreichlich gedeckt sein. Leider fehlen uns getrennte Feststellungen darüber, wieviel Lithographen in den Druckereibetrieben und in den Privatlithographien beschäftigt werden. Nach meiner Schätzung arbeiten in letzteren rund 200 Kollegen und da 98 Proz. aller Privatlithographen den Beruf ebenfalls praktisch ausüben, so ist anzunehmen, daß ungefähr 500 Personen in der Privatlithographie arbeiten, die mit der Anstaltslithographie in scharfer Konkurrenz stehen.

Wir müssen unbedingt versuchen, eine Vergleichsmöglichkeit über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Privat- und Anstaltslithographie zu bekommen. Würden die Unternehmer wirklich eine vernünftige, dem Gewerbe dienliche Werbepolitik betreiben wollen, dürfte sich deren Verbandsleitung einer solchen Erhebung nicht widersetzen, wie es leider den Anschein hat. Eine solche Aufnahme von beiden Verbänden beschlossen und von einer paritätischen Instanz, evtl. vom Tarifamt, durchgeführt, könnte für das Gesamtgewerbe nützlich sein. In der letzten Zeit haben aber die Unternehmer eine sehr verdächtige Scheu bezüglich paritätischer Erhebungen an den Tag gelegt; das trifft sowohl auf die Lohn- als auch auf die Lehrlingsfrage zu. Man scheut die Feststellung wirklicher Tatsachen. Stichhaltige Gründe konnten die Unternehmer für ihr eigenartiges Verhalten bisher nicht anführen und wir müssen daraus den Schluß ziehen, daß man die Ermittlung der im Gewerbe tatsächlich vorhandenen Verhältnisse auf einwandfreier und breiter Basis zu verhindern bestrebt ist. Schließlich fürchtet man, daß angebliche Geschäftsgeheimnisse nicht gewahrt bleiben könnten. In diesem Zusammenhange will ich noch darauf verweisen, daß, als der Hilfsverband auf Grund von zahlreichen Klagen der Unternehmerleitung über angebliche zu geringe Quantitätsleistungen der Druckerkollegen die Absicht bekundete, eine Produktionsstatistik, zwecks Ermittlung der technischen Einrichtungen der Betriebe, um die Ursachen der niederen Leistungen festzustellen, aufzunehmen, wurde unternehmerseitig bemerkt, daß sie gegen eine solche Ermittlung schärfsten Einspruch erheben würden, weil dadurch Geschäftsgeheimnisse verletzt würden. Wenn ich mich nicht irre, hat man bei jener Gelegenheit sogar auf das Strafgesetzbuch aufmerksam gemacht. Man sieht daraus, daß man mit dem angeblichen Geschäftsgeheimnis auch den größten Unsinn begründen kann. Halten wir bestimmte statistische Erhebungen für nötig, so können wir auch auf die Mitarbeit der Unternehmer verzichten, das haben wir in der Vorkriegszeit mehrfach bewiesen; zuletzt 1913 bei der allgemeinen Aufnahme. Der aktive Widerstand der Unternehmer sollte für uns ein Ansporn sein, alle von der Verbandsleitung für nötig erachteten Erhebungen gewissenhaft und erfolgreich durchzuführen.

Nach dieser kleinen Abschweifung nun wieder zurück zu unserem eigentlichen Thema: Die Ausbreitung der Privatlithographie. Ich führte bereits aus, daß uns eine Vergleichsmöglichkeit zwischen der Privat- und Anstaltslithographie bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse fehlt. Das Vergleichsmaterial müssen wir uns baldigst beschaffen, wenn wir gegen eine weitere Ausbreitung der Privatlithographie erfolgreich ankämpfen wollen. Wir brauchen dringend Beweise für unsere Behauptungen.

Wie nötig ein genauer Überblick über die Privatlithographie ist, beweisen uns die beiden großen Druckzentren Leipzig und Nürnberg-Fürth. In Leipzig bestehen 52 und in Nürnberg-Fürth 28 tariffreie Privatlithographen. Sollte der Bedarf an beiden Orten nicht bereits reichlich gedeckt sein? In München sind jetzt 11 tariffreie Privatlithographen vorhanden, während man vor dem Kriege mit dem dritten Teil ausgekommen ist. Berlin weist gegenwärtig deren 35 auf, darunter solche bis zu 10 und zeitweise noch mehr beschäftigter Gehilfen. Rechnen wir die in der Privatlithographie zu verzeichnende Schwarzlithographie, die nach Feierabend heimlich von noch im Beruf stehenden Kollegen und auch solchen, die in anderen Gewerben tätig sind, ausge-

führt wird und die tarifuntreuen Privatlithographen hinzu, so können wir uns ein kleines Bild davon machen, welcher Druck auf die Anstaltslithographen lastet, der mit der Länge der Zeit diese Kollegen müde und widerstandlos macht.

Nach den gemachten Erfahrungen erblicken die Unternehmer in einer weiteren Ausbreitung der Privatlithographie keine Gefahr für das Gewerbe und mit guten Gründen vermeiden sie aber auch, ihrer Freude über den von der Privatlithographie ausgehenden Lohndruck offenen Ausdruck zu geben. Daß eine preisdrückende Privatlithographie die Schmutzkonkurrenz fördert und mit der Zeit das Gewerbe schädigen muß, wird nicht bedacht. Einsichtige Unternehmer, hauptsächlich solche, die das Gewerbe praktisch erlernt haben und dem Gewerbe deshalb ein ganz anderes Interesse entgegenbringen als jene, die sich in diesem als Kaufleute betätigen mit der Absicht, möglichst viel Geld zu verdienen, haben ebenfalls die gewerbschädigende Tendenz der Privatlithographie erkannt und sind mit uns der Auffassung, daß letzterer Grenzen gezogen werden müssen.

Wir müssen versuchen zu einer Konzentration der Privatlithographie zu kommen, hauptsächlich in den größeren Druckorten. Die einzelstehenden Privatlithographen sind nicht in der Lage, größere Aufträge auszuführen und wenn sie solche doch übernehmen, greifen sie sehr oft zur Schwarzlithographie, indem sie Hilfskräfte nach Feierabend beschäftigen, um als leistungsfähig zu erscheinen. Von einer Konzentration hätte auch das Gewerbe einen Vorteil, weil die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen besser überwacht werden kann. Hoffentlich kommt uns die fortschreitende Anwendung der modernen Reproduktionsverfahren zu Hilfe, die einer großen Zahl der Privatlithographen das Lebenslicht - wirtschaftlich betrachtet - ausblasen wird. Aber bis dahin müssen wir mit allen Mitteln versuchen, eine weitere Ausbreitung der Privatlithographie zu verhindern. c. h.

25 Jahre Photographen-Gehilfenorganisation.

Die Photographengruppe der Berliner Mitgliebschaft nahm Veranlassung, am 5. November durch eine Jubiläumsversammlung im Graphischen Vereinshaus und am 14. November durch ein Jubiläumsvergnügen im Gewerkschaftshaus, dem 25 jährigen Bestehen der Photographen-Gehilfenorganisation zu gedenken. Die Gründung fand eigentlich statt am 16. Juli 1899. Die Jubiläumsfeier war aber der Ungunst der Verhältnisse halber bis jetzt verschoben worden. In der Jubiläumsversammlung war Kollege Hänlein als Referent in der Lage, die geschichtliche Entwicklung der Organisation aufzuzeigen. Schon im Jahre 1876 war in Berlin ein Verein photographischer Mitarbeiter gegründet worden, der aber leider nicht den nötigen Anklang fand. In den Jahren 1891 und 1892 hatten sich eine Anzahl Ortsvereine gebildet, die sich am 18. April 1892 zum sogenannten Hamburger Verband, auf freigewerkschaftlicher Grundlage, zusammenschlossen. Aber schon am 14. Januar 1895 mußte dieser mangels des notwendigen Interesses aufgelöst werden. Nach der Gründung des Fachvereins der Photographen zu Berlin gelang es erst, im Jahre 1898 mit anderen örtlichen Vereinen in Verbindung zu treten und am 16. Juli 1899 in Berlin durch Vertreter dieser die Organisation unter dem Namen „Deutscher Photographen-Gehilfenverband“ zu gründen. Es schlossen sich sechs Vereine mit 199 Mitgliedern dem Verbande an, wovon Berlin allein 100 Mitglieder zählte. Durch Zuwendungen des damaligen Direktors der Neuen Photographischen Gesellschaft in Steglitz, Arthur Schwarz, war es möglich, ein eigenes Verbandsorgan („Gut Licht“) herauszugeben. Durch die Agitation, die mit Ausgabe dieser Zeitschrift getrieben werden konnte, erhöhte sich nach und nach die Zahl der Verbandsmitglieder. Damals wurde der heute noch in Berlin lebende und selbständige Photograph Brotschneider Vorsitzender des Verbandes. Auf den folgenden Delegiertentagen, am 5. August 1900 in Berlin, am 7. Juli 1901 in Leipzig und am 27. Juli 1902 in Dresden, wurde eine steigende Mitgliederzahl festgestellt und die Unterstützungsgemeinschaften nach und nach ausgebaut. Für letztere war durch Spenden der Prinzipalität, der Händler und Fabrikanten photographischer Artikel ein Grundstock geschaffen worden. Bisher hatte sich die Tätigkeit des Verbandes zum Teil auf rein fachlichem Gebiete bewegt. Eine Stellungnahme in gewerkschaftlicher Beziehung auf Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war nur theoretisch in Erscheinung getreten. Im Fachverein der Photographen zu Berlin wurde durch einzelne fortschrittliche Mitglieder der Gedanke des Anschlusses an die freien Gewerkschaften propagiert und schließlich für den Berliner Verein durchgesetzt, so daß auf dem 5. Delegiertentag 1904 in Frankfurt a. M. diese Anregung zum Antrag erhoben wurde. Genosse Legün von der Generalkommission der Gewerkschaften und Herr Gold-

schmidt von dem Hirsch-Dunkerschen Gewerkeverein referierten dort über die Stellungnahme der beiden Gewerkschaftsrichtungen. Schon hier wurde von **keinem** der Delegierten der Anschluß an die Hirsch-Dunkerschen Gewerkeverein vorgeschlagen. Die 6. Delegiertenversammlung vom 22. bis 24. Juli 1906 in Hannover, wo 561 Mitglieder in 12 Ortsvereinen vertreten waren, beschloß den Anschluß an die Generalkommission und die Errichtung einer eigenen Geschäftsstelle. Bezeichnend ist, daß auf allen Verbandstagen bis Frankfurt a. M., an den damaligen Direktor der Neuen Photographischen Gesellschaft, Arthur Schwarz, Begrüßungsgramme gesandt wurden, was zum Teil erklärlich ist aus der Tatsache, daß die meisten damaligen Verbandsvorstandsmitglieder in der Neuen Photographischen Gesellschaft in Steglitz in Beschäftigung standen. Nach dem Anschluß an die freien Gewerkschaften ist ein ganz anderer Geist in die Organisation hineingekommen und wurde auch wiederholt der Anschluß an den Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe im Verbandsorgan behandelt. Die Reproduktionsphotographen waren ja schon längst zum großen Teile in diesem organisiert. Auf dem 7. und letzten Delegiertentag des Deutschen Photographen-Gehilfenverbandes am 7. und 8. Juni 1908 in Berlin kam dieser Anschluß zur Beratung. Trotz prinzipieller Zustimmung sollte eine Urabstimmung der Mitglieder hierüber entscheiden. Der Anschluß wurde mit großer Mehrheit beschlossen und der Übertritt am 27. September 1908 einheitlich vollzogen. Mit dem 15. September 1908 ging auch das bisherige Verbandsorgan, das zuletzt den Titel „Photographischer Mitarbeiter“ führte, ein. Mit Übertritt in den Verband nahm die Zentralkommission der Photographen, die zur Vertretung der Berufsinteressen gewählt worden war, ihre Tätigkeit auf. Gelegentlich der Internationalen Ausstellung in Dresden wurde am 1. und 2. August 1909 eine Photographenkonferenz abgehalten, die sich hauptsächlich mit der Agitation unter den Berufsangehörigen beschäftigte. Die damals einsetzende Krise hatte zum Gefolge, daß die Zahl der Beschäftigten zurückging und die Agitationsmöglichkeit beschränkt wurde. Die Warenhausphotographie hatte ihren Horizont überschritten und befand sich schon in absteigender Linie. Vor Ausbruch des Weltkrieges waren Erhebungen über die Berufsverhältnisse eingeleitet, die noch während der Leipziger Bugra auf einer einzubereitenden Photographenkonferenz berücksichtigt werden sollten. Leider hat der Krieg die Ausnutzung dieser Arbeiten verhindert. In der Kriegszeit kam durch die Einziehung der Kollegen die Organisation fast vollständig zum Erliegen, da nur sehr wenige Kollegen vom Kriegsdienst verschont blieben. Trotzdem war die Verbindung mit den Kollegen im Felde eine äußerst innige, wozu nicht wenig die versandten kleinen Liebesgaben der zurückgebliebenen Kollegen beitrugen. Nach dem Zusammenbruch 1918 strömte die Kollegenschaft unter dem Eindruck der Verhältnisse in großer Zahl der Organisation zu, so daß wir 1919 bis zu 1700 Mitglieder in unserer Gruppe zu verzeichnen hatten. Dies machte auch möglich, nach dem Kriege und während der Inflation mitbestimmend, insbesondere auf die Lohnverhältnisse im Berufe einzuwirken. Durch die Inanspruchnahme der Schlichtungsausschüsse gelang es, an all den Orten, wo die Kollegen sich einigermaßen sammelten, die Lohnverhältnisse dem allgemeinen Niveau anzupassen. Damals war auch die Beschäftigungsmöglichkeit noch ziemlich groß. Bei dem Rückfluten der Massen aus dem Felde machte sich ein starker Bedarf an Photographen bemerkbar, der dem Beruf noch gute Beschäftigung brachte. Als nach der Inflation die Stabilität des Geldes einsetzte, machte sich auch die Krise in unserem Berufe immer stärker bemerkbar, so daß die Zahl der Beschäftigten heute außerordentlich gering ist. Die verschiedenen Branchen des Berufes haben fast gleichmäßig unter dieser Krise zu leiden. Die

Warenhausphotographie, die in den größeren Städten eine ziemliche Anzahl der Kollegen ausmachte, ist fast ganz verschwunden. In der Bromsilberbranche, die nach dem Kriege einen eigenen Reichstarif abgeschlossen hatte und nunmehr seit zwei Jahren dem Tarif der Lithographen und Steindruckere mit untersteht, ist ebenfalls ein starker Rückgang eingetreten. Auch die Filmbbranche, für die ebenfalls tarifliche Verhältnisse bestehen, konnte auf der nach dem Kriege erreichten Höhe nicht erhalten bleiben. Die Schwierigkeit im Porträtfach ist deswegen besonders stark, weil die Unternehmer, die in Zwangsinnungen und im Zentralverband Deutscher Photographenvereine zusammengeschlossen sind, nicht die Vorteile einer geordneten Tarifgemeinschaft einsehen können. Mit der Zeit ist die Lage des Berufes immer schwieriger geworden; trotzdem haben die Kolleginnen und Kollegen wiederholt und selbst durch Streik bewiesen, daß sie auch zur Abwehr von Verschlechterungen und Erreichung von Verbesserungen zur Anwendung des letzten Mittels bereit sind.

Wenn auch momentan außerordentlich mißliche Berufsverhältnisse vorliegen, kann doch ohne weiteres festgestellt werden, daß die Organisation im Laufe der Jahre die Berechtigung ihres Daseins erbracht hat, wenn auch nur dadurch, daß eine tiefgehende Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegenschaft verhindert wurde. Schon das bloße Vorhandensein einer Organisation hindert die Unternehmer, im Berufe so zu wirtschaften, wie sie es von ihrem Standpunkt aus am liebsten tun möchten. Deshalb muß auch denen, die am Aufbau dieser Organisation und an der Durchsetzung der Gehilfenforderungen mitgearbeitet haben, der innigste Dank der Gruppe der Photographen ausgesprochen werden.

Bei dem Jubiläumsvergnügen, welches in ausgesprochen harmonischer Weise verlaufen ist, hatte eine kleine Kapelle, bestehend aus organisierten Musikern, den Konzertteil und die Bestreitung der Ballmusik übernommen. Ein kollegialer Gesangsverein brachte eine Anzahl Lieder in vorzüglicher Weise zu Gehör. Der Kollege Waborski unterhielt die anwesenden Kollegen mit Damen und Gästen auf das Vorzüglichste durch heitere Vorträge und Zauberkunststücke. Kollege Hänlein hatte auch hier die Festrede übernommen, die mit außerordentlichem Beifall aufgenommen wurde. Kollege Hoffmann vom Gaur Vorstand würdigte die schwierigen Verhältnisse, die die Photographen bei ihrer Organisationsarbeit zu bewältigen haben und sprach die Hoffnung aus, daß bei Besserung der Berufslage auch der Aufbau der Organisation in dieser Gruppe wieder Fortschritte macht. Die gesamten Veranstaltungen waren getragen von einheitlichem Solidaritätsgefühl, nicht nur der zur Zeit kleinen Gruppe der Photographen, sondern auch der anderen im Verbands der Lithographen und Steindruckere zusammengeschlossenen Berufe.

Die Internationale Arbeitskonferenz im Jahre 1926.

Im Jahre 1926 wird die IAK. zwei aufeinander folgende Tagungen abhalten. Die 8. Tagung wird am 25. Mai in Genf eröffnet und eine Wanderungsfrage behandeln: „Die Vereinachung der Auswanderungskontrolle an Bord“. Während dieser Tagung wird auch, wie alljährlich, der Bericht des Direktors Albert Thomas und jede andere Frage, die mit der Tätigkeit des IAA. und mit den allgemeinen sozialen Problemen zusammenhängt, beraten werden. Auf der Tagesordnung der 9. Tagung, die unmittelbar an die 8. Tagung anschließt, stehen zwei die Schiffahrt betreffende Fragen: „Die Internationale Kodifizierung der Heuervertragsbestimmungen“ und „Allgemeine Richtlinien für die Arbeitsaufsicht auf See“.

Die Wanderungsfrage, an deren Lösung die IAO. arbeitet, ist eines der wichtigsten sozialen Probleme der Gegenwart, dessen Regelung für

alle Länder eine Notwendigkeit geworden ist. Die Behandlung der Arbeit der Seeleute betreffenden Fragen ist eine der Angelegenheiten, mit denen sich die IAA. schon seit langem befaßt hat. Bereits im Jahre 1919 haben die Organisationen der Seeleute die Aufmerksamkeit der Friedenskonferenz auf die Notwendigkeit einer internationalen Regelung der Arbeitsbedingungen der Seeleute gelenkt. Das Internationale Arbeitsamt hat sich immer bemüht, eine gewisse Einheitlichkeit in den sehr verschiedenen Arbeitsbedingungen der Seeleute herbeizuführen, ganz besonders in bezug auf die Heuerbestimmungen. Es ist immer dem Geist des Teiles XIII des Friedensvertrages treu geblieben, welcher erklärt, daß es „Methoden und Grundsätze für die Regelung der Arbeitsbedingungen gibt, die jede Industrieergemeinschaft einzuführen sich bemühen sollte“. Im Jahre 1920 befaßte sich die IAK. in Genua zum ersten Male mit der Frage und gab dem IAA. den Auftrag, die Arbeiten zum Zwecke der Aufstellung einer internationalen Satzung für Seeleute in Angriff zu nehmen. Die Arbeit wurde zusammen mit dem paritätischen Marineausschuß begonnen, welcher auf Grund eines Beschlusses der Konferenz von Genua geschaffen wurde und der sich aus Vertretern der Seeleute, der Reeder und der IAO. zusammensetzt. Es wurde ein Entwurf zur Kodifizierung der Heuerbestimmungen für Seeleute gemacht, welcher der Konferenz von 1926 vorgelegt wird. Dieser Entwurf zeigt die allgemeinen Regeln, welche in den Landesgesetzen bestehen, er umfaßt außerdem gewisse Bestimmungen die geeignet sind, die internationale Durchführung der aufgestellten Grundsätze zu erleichtern. Der Entwurf stellt so den ersten Teil des Internationalen Gesetzbuches für die Arbeit auf See dar, mit dessen Vorbereitung das IAA. beauftragt wurde.

Die Behandlung der allgemeinen Richtlinien für die Arbeitsaufsicht auf See auf der Konferenz von 1926 entspricht ähnlichen Voraussetzungen. Diese Richtlinien sind noch nicht genügend geklärt und weichen wesentlich von denen für die Gewerbeaufsicht ab. Die Konferenz hat zu bestimmen, ob es nicht zweckmäßig ist, den Gegenstand und die Methoden der Arbeitsaufsicht auf See genauer zu umschreiben oder vielleicht gar die allgemeine Organisationsform zu entwerfen, die dieser Dienstzweig haben könnte.

Vom Büchertisch.

Die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Zwei Vorträge von Professor Dr. Hermsberg (Leipzig) und H. Jäckel. Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 1,20 Mk.

Der zwölfte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands behandelt neben anderen Tagesordnungspunkten besonders ausführlich auch die Stellung der Gewerkschaften zu den allgemeinen Wirtschaftsfragen. Die Verhandlungen hierüber wurden durch ein Referat über „Die deutsche Wirtschaft“ eingeleitet, das der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Hermsberg (Leipzig) erstattete. Nach ihm sprach der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes, H. Jäckel (Berlin), über „Die Wirtschaftsdemokratie“. Beide Referate sind in der Broschüre nach der stenographischen Aufnahme wiedergegeben. Für besonders interessierte Leser ist auch ein Auszug aus der Debatte, die nach den Referaten auf dem Kongreß gepflogen wurde, beigelegt worden. Wer die Debatte in ihrem ganzen Umfang kennen möchte, sei hiermit auf das gedruckte Kongreßprotokoll verwiesen.

Die Schritt verfolgt in erster Linie den Zweck, den großen Kreis der Gewerkschaftsfunktionäre über diese wichtigen Kongreßverhandlungen zu unterrichten, gleichzeitig gibt sie aber auch der weiteren Öffentlichkeit einen Einblick, wie einige der großen Fragen der Wirtschaft von den Gewerkschaften beurteilt werden. Denn natürlich konnte nur ein Teil des umfangreichen Fragenkomplexes behandelt werden, zumal der verfolgte Hauptzweck der Kongreßverhandlungen war, die Demokratisierung der Wirtschaft zu fördern.

Im letzten Abschnitt sind auch die Beschlüsse, die der Breslauer Kongreß in dieser Frage gefaßt hat, in vollem Wortlaut zu finden.

Bekanntmachung.

Die Firma Paul Richter in Magdeburg hat sowohl den Chemigräber- und Lichtdrucker-tarif als auch den Tarif für das Steindruckergewerbe unterschrittlich anerkannt. Die Sperre wird hiermit aufgehoben. Einer Stellungnahme steht nun nichts mehr im Wege.

Der Verbandsvorstand.

Für neues Druckverfahren suchen wir einen in Schwarz- und Buchdruck erfahrenen

Lichtdrucker

Kenntnisse in Kopie und Retusche erwünscht. Offerten erbitten wir schriftlich mit Gehaltsansprüchen an Spammersche Buchdruckerei, Leipzig-R., Crusiusstraße 10

Tüchtiger Offsetmaschinenmeister

für Zweifarbenoffset „Planeta“ in angenehme, gutbezahlte Dauerstellung zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Es kommen nur durchaus selbständig arbeitende Herren in Frage, die mit dem Mechanismus der Maschine vollständig vertraut sind und volle Garantie für die Herstellung feinsten Qualitätsarbeiten übernehmen. Reiseentschädigung sowie evtl. spätere Umzugskosten werden von uns übernommen. A. Boge, Aktiengesellschaft, Düsseldorf, Grafenberger Allee 98.

Tiefdruck-Ätzer

der das ganze Verfahren in allen Stadien vollkommen beherrscht und durchaus selbständig arbeiten kann, sofort oder später in Dauerstellung gesucht. F. A. Brockhaus, Leipzig.

Farbenätzer

(ertl. auch Anfänger) für sofort gesucht F. A. Brockhaus, Leipzig.

ZU FROHEN FESTEN

Vorsprüche und Lieder, dem Verband der Lithographen, Steindruckere u. verw. Berufe zugeeignet von Paul Barthel Preis inkl. Nachnahmegebühren 1.- Rmk.

Zu beziehen durch Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.